

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

Atomausstieg fortsetzen!

Mit dem Antrag auf Laufzeitverlängerung für das AKW Biblis A und der erklärten Absicht vergleichbare Anträge für die AKWs Brunsbüttel und Neckarwestheim stellen zu wollen, kündigen RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON den Atomkonsens einseitig auf. Die Atomkraftbetreiber wollen die anstehenden Stilllegungen ihrer Atomkraftwerke in dieser Legislaturperiode verhindern mit der unverhohlenen Absicht, mit Hilfe anderer politischer Mehrheiten in der nächsten Legislaturperiode aus dem Atomausstieg auszusteigen. Darüber hinaus soll jeder denkbaren künftigen Bundesregierung die Einhaltung des im Atomgesetz festgelegten Ausstiegsfahrplans erheblich erschwert werden, indem durch die Übertragung von Stromkontingenten alte Reaktoren systematisch länger und jüngere kürzer betrieben werden. Wenn das gelingt muss später der Abbau der AKW-Kapazität in sehr kurzer Zeit erfolgen, mit der Folge, dass mögliche Kapazitätsengpässe oder Probleme bei der Einhaltung dann gültiger Klimaschutzverpflichtungen propagandistisch gegen den Ausstieg eingesetzt werden können. Die Strategie der AKW-Betreiber zielt also darauf ab, den von ihnen unterzeichneten Ausstiegsvertrag zu unterlaufen und nicht zu erfüllen.

Wir sind in diesen Tagen Zeugen eines beispiellosen Wortbruchs

In der Präambel der Ausstiegsvereinbarung heißt es:

„Beide Seiten werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird.“

Am Tag der Unterzeichnung erklärte der E.ON Vorstandsvorsitzende für die AKW-Betreiber:

„Politische Kompromisse sind auch eine Frage des Vertrauens...Die Vereinbarung ist ein erster Schritt. Entscheidend ist, dass beide Seiten sich auch in Zukunft an ihren Inhalt und Geist gebunden fühlen.“

Mit ihrer Unterschrift unter die Konsens-Vereinbarung haben die Betreiber ihr Recht verwirkt gegen den Atomausstieg zu klagen oder wegen der vorzeitigen Stilllegung von Atomkraftwerken Schadensersatz einzufordern. Insofern hat sich die Vereinbarung für die Politik gelohnt. Jetzt aber glauben die AKW-Betreiber, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können. RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW haben als Stromversorger die Bundesrepublik wie eine Besatzungszone unter sich aufgeteilt, nutzen ihre wirtschaftliche Macht, um die Politik unter Druck zu setzen und glauben, sie seien als Quasi-Monopolisten unverwundbar. Das ist ein

Irrtum. Denn die Quelle ihrer Macht ist das Geld ihrer Kunden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen daher die Kampagne „Atomausstieg selber machen!“ der führenden Umweltverbände, Verbraucherschutzorganisationen und Anti-Atom-Initiativen; wir rufen daher die Stromkunden dazu auf, den AKW-Betreibern als Antwort auf den Wortbruch die Stromlieferverträge zu kündigen.

Atomausstieg selber machen

Keiner von uns ist verpflichtet, Atomstrom zu kaufen. Bündnis90/Die Grünen werden daher dafür werben, dass im Land ein Wechselfieber entsteht – weg von den Atomstromproduzenten, hin zu den Anbietern von Ökostrom. Wir rufen jedes einzelne Mitglied von Bündnis90/Die Grünen dazu auf, den Atomstromproduzenten den Rücken zu kehren und den Strom in Zukunft von Unternehmen zu beziehen, die sich einer zukunftsfähigen, klimaschonenden und risikoarmen Stromerzeugung verpflichtet haben. Wir werden deutlich machen, dass Ökostrom inzwischen zu vergleichbaren Preisen zu beziehen ist wie Elektrizität aus Kohle oder Atomkraft. Wir werden darauf aufmerksam machen, dass diese Form des AKW-Widerstands den Einzelnen kaum mehr als fünf Minuten kostet, dass er gleichzeitig das Potenzial hat, nachhaltig zu wirken. (www.atomausstieg-selber-machen.de oder Info-Hotline 0800-7626852).

Alle, die schon gewechselt haben, rufen wir auf, Freunde und Nachbarn zu überzeugen, es ihnen nach zu tun. Wir werden am Arbeitsplatz, an den Universitäten, auf den Straßen und Plätzen im Land unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger überzeugen, dass wer aus der Atomenergie aussteigen will, keinen Atomstrom kaufen sollte. In den Parlamenten werden wir auf allen Ebenen die Verwaltungen auffordern, ihren Strombezug auf Ökostrom umzustellen. Die Stadtwerke werden wir auffordern, von ihren Vorlieferanten keinen Atomstrom mehr zu beziehen. Auch die vielen Unternehmen, die z. B. an der Energiewende mitarbeiten, rufen wir auf: Verzichten Sie auf Atomstrom!

Unser Ziel ist, Atomstrom erst zu einer immer schwerer absetzbaren Ware und schließlich unverkäuflich zu machen. So muss die Antwort der Gesellschaft aussehen, damit RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW verstehen, dass Atomkraft keine Zukunft hat.

Zum atomaren Brennstoffkreislauf gehören auch Abbau, Anreicherung, Brennelementeherstellung, Wiederaufbereitung und Forschung. Wir wollen, dass die Urananreicherung in Gronau geschlossen wird, damit nicht weiterhin in Deutschland Uran für Atomkraftwerke in aller Welt angereichert wird. Außerdem stellen die ständigen Urantransporte aus dem französischen Pierrelatte nach Gronau und die Transporte von Gronau eine große Gefahr für die Bevölkerung dar.

Sicherheitsdefizite thematisieren

Die Atomkraftwerke Biblis A und B stehen seit Wochen still, weil Halterungen mit deren Hilfe Erdbebensicherheit hergestellt werden sollte, falsch montiert wurden. Das Sicherheitsmanagement von RWE hat doppelt versagt: weder wurde die

falsche Montage verhindert, noch wurde über Jahre hinweg der Fehler entdeckt.

Das Atomkraftwerk Brokdorf wurde am 14. November abgeschaltet, weil sich herausgestellt hatte, dass die Anlage in Teilen anders gebaut als genehmigt wurde. Das AKW Brunsbüttel verfügt über ein unzureichendes Notstromsystem, hunderte offener Punkte aus der Sicherheitsanalyse von 2001 sind immer noch nicht abgearbeitet.

Diese Beispiele allein aus den letzten Wochen und die gravierenden Störfälle in schwedischen Reaktoren zeigen, dass auch in westeuropäischen Atomkraftwerken Sicherheit nicht garantiert ist. Schwerste Unfälle bis hin zum Super-Gau können nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Wir werden weiter wachsam sein und die Risiken der Atomenergie klar beim Namen nennen.

Zivile und militärische Nutzung lassen sich nicht trennen

Ob in Pakistan, Indien, Nord Korea oder demnächst womöglich im Iran – der Weg zur Atombombe hat stets mit dem Aufbau eines zivilen Atomprogramms begonnen. Die Verbreitung der zivilen Atomtechnik befördert den militärischen Missbrauch. Auch deshalb ist es wichtig, diesen Irrweg zu beenden.

Das größte Terrorrisiko besteht in den ungeschützten Atomkraftwerken

Die Terroristen des 11. September 2001 hatten einen Angriff auf ein Atomkraftwerk bei New York erwogen und nur davon Abstand genommen, weil sie annahmen, die Anlage sei durch Flugabwehrgeschütze oder Abfangjäger geschützt. Insbesondere die älteren Atomkraftwerke in Deutschland sind nicht einmal gegen den Absturz leichter Flugzeuge, geschweige denn gegen den gezielt herbeigeführten Angriff mit einem großen Zivilflugzeug geschützt. Wir werden dieses Sicherheitsrisiko zum Thema machen und die Bundesregierung immer wieder zum Handeln auffordern. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wollen, dass Atomkraftwerke älterer Bauart schneller als bisher geplant abgeschaltet werden.

Die wirtschaftliche Vormachtstellung der Atomkonzerne beenden

RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW beherrschen ca. 90% des deutschen Strommarktes. Sie schicken sich an, zu „Global Playern“ aufzusteigen und wollen auf diesem Weg in Europa weiter zahlreiche Energieversorger aufkaufen. Finanziert werden diese Übernahmen zum Teil über die steuerfreien Rückstellungen für die Entsorgung des Atommülls. Wir treten dafür ein, die AKW-Betreiber zu verpflichten, die Entsorgungsrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzuzahlen, die somit der Verfügungsgewalt der Stromkonzerne entzogen wären. Damit wird sichergestellt, dass die Rückstellungsmilliarden auch tatsächlich bereit stehen, wenn sie zur Entsorgung benötigt werden. Auch dürfen die Atomunternehmen keine finanziellen Privilegien aus der Verpflichtung ziehen, Gelder für die zukünftige Entsorgung zurückzustellen.

Wir treten des weiteren dafür ein, die Atomkonzerne rechtlich zu verpflichten, ihre Stromnetze zu veräußern. Erzeugung und Netzbetrieb dürfen nicht länger in einer

Hand bleiben. Es hat sich gezeigt, dass die Atomkonzerne die Netze missbraucht haben, um Wettbewerber zu diskriminieren und neuen Anbietern den Weg in den Strommarkt zu verbauen. Wir setzen uns für den Erhalt der kommunalen Versorgungsunternehmen ein und lehnen die Veräußerung kommunaler Stadtwerke an die Atomkonzerne ab.

Nach dem Ausstieg braucht Deutschland ein Endlager

Wenn die Atomkraftwerke stillgelegt und die abgebrannten Brennelemente abgekühlt sind, braucht Deutschland ein Endlager für die atomare Erblast einer falschen Energiepolitik. Damit ein Endlager ca. 2030 tatsächlich zur Verfügung steht, muss jetzt mit einer vergleichenden Standortsuche begonnen werden. Eine Vorfestlegung auf Gorleben lehnen wir entschieden ab.

Es gibt keine wirklich sichere Endlagerung des radioaktiven Mülls, angesichts der hohen Halbwertszeiten etwa des Plutoniums und angesichts des immensen Potentials an ionisierender Strahlung in den zu deponierenden Mengen. Wissenschaftlich zuverlässig abgesicherte Prognosen für eine Million Jahre – über Erdbewegungen in jenen Zeiträumen, die Entwicklung der Hydrogeologie, Veränderungen der Bodenchemie durch gelagerte Stoffe einschließend – sind nicht möglich.

Angesichts der immensen Probleme nuklearer Endlagerung war jede Entscheidung für den Betrieb von Atomkraftwerken verantwortungsethisch nicht tragbar. Eine verantwortungsvolle Endlagersuche verlangt daher zugleich einen definitiven Zeitplan zur Beendigung der Nuklearwirtschaft. Ein beschleunigter Atomausstieg, zumindest aber die strikte Einhaltung der jetzigen Gesetzeslage, ist daher eine zentrale Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Endlagersuche in unserem Land.

Die Planung eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle ist das vermutlich wichtigste und schwierigste Vorhaben planerischer Nachsorge, das zu bewältigen ist. Wegen ihrer Bedeutung und wegen ihrer Ausrichtung auf extreme Langfristigkeit muss sie staatliche Kernaufgabe sein.

Ein entsprechendes Gesetz muss folgenden Eckpunkten gerecht werden: Für die Endlagerung radioaktiver Abfälle muss der Vorrang der Sicherheit gelten, der die Regelungen zum Standortauswahlverfahren maßgeblich bestimmt. Daher muss der bestmögliche Standort für ein Endlager in einem bundesweiten Auswahlverfahren ermittelt werden. Dieses Auswahlverfahren muss sich an den Ergebnissen des AK End orientieren.

Bei der Finanzierung der Suche, der Bereitstellung und des Betriebs des Endlagers gilt das Prinzip der Verursacherverantwortung. Die Verursacher des Atommülls (Betreiber) sind verpflichtet, alle durch die Abfallerzeugung entstehenden Kosten zu tragen. Dazu gehört auch die Suche nach dem bestmöglichen Standort in einem Standortauswahlverfahren. Die Entscheidung über den bestmöglichen Standort für ein Endlager liegt beim Deutschen Bundestag.

Ein zentrales Ziel muss es sein, ein faires und transparentes Verfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Standortsuche von Beginn an zu gewährleisten.

Wir unterstützen das Konzept zur Standortsuche für ein Endlager, das der Arbeitskreis von Experten, von Befürwortern und Kritikern der Atomkraftnutzung, der „AKEnd“, ausgearbeitet und 2002 einstimmig verabschiedet hat. Dieses Konzept muss zügig verwirklicht werden. Es stellt eine ergebnisoffene Planung in Aussicht, in klar definierte Schritte gegliedert und mit ausgedehnter Bürgerbeteiligung in den untersuchten Regionen samt definierten Einspruchsrechten ablaufend. Da die Einlagerung der abgebrannten Brennelemente erst nach deren Abkühlung ca. 2030 erfolgen kann, ist die verfügbare Zeit für Standortsuche; Planung und Bau mit wissenschaftlicher Sorgfalt zu nutzen. Wir fordern, dass die zu erkundenden Standorte vom Bundestag festgelegt werden. Nach der Erkundung beschließt der Bundestag über den Endlagerstandort durch Gesetz.

Die Eröffnung einer ergebnisoffenen Standortsuche und die Fortsetzung der Erkundung des Standortes Gorleben schließen sich aus. Wir fordern daher die Beibehaltung des Moratoriums für den Standort Gorleben. Im Übrigen wiederholen wir:

Der Salzstock Gorleben ist als Endlager für Atommüll ungeeignet, weil er das von der Wissenschaft geforderte mächtige und unverritzte Deckgebirge nicht aufweist. Dieses Deckgebirge wäre die wichtigste geologische Barriere eines Endlagers im Salz. Ein systematischer Vergleich wird bisher verweigert, weil diese geologischen Mängel Gorlebens darin nur bestätigt werden könnten. Wir halten den Standort Gorleben aber auch deshalb für ungeeignet, weil hier seit 30 Jahren das Kriterium der Akzeptanz konsequent ignoriert wurde. Im Gegenteil: Mit unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen wurde seit 1977 der Bau des Atommüllzentrums durchgesetzt. Zehntausende von Polizisten müssen jedes Jahr Castortransporte nach Gorleben erzwingen und ihren Kopf hinhalten für das Versagen der Politik in diesem Konflikt.

Die Abfälle müssen für einen Zeitraum bis zu einer Million Jahre von der Biosphäre abgeschirmt werden. Angesichts dieses Gefahrenpotenzials und dieser Herausforderung kann es keine gute Lösung geben. Aber es muss der Standort gesucht werden, der unter den in Deutschland verfügbaren die größte Sicherheit bietet. Dies gilt auch für das in der einzigen deutschen Uranreicherungsanlage (UAA) in Gronau bei der Anreicherung übrig bleibende, abgereicherte Uranhexafluorid (UF₆). Die Verschiebung nach Russland lehnen wir entschieden ab. Einen Export des Atommülls in andere Länder und damit eine Verschiebung des Problems lehnen wir ab.

CDU und CSU und die von diesen Parteien gestellten Ministerpräsidenten fordern wir auf, ihren Widerstand gegen eine objektive, vergleichende Standortsuche aufzugeben. Atomenergie zu befürworten, aber die atomaren Erblasten anderen zuschieben zu wollen, ist scheinheilig und unverantwortlich.

Wir kämpfen für Mehrheiten gegen die Atomenergie und für eine zukunftsfähige Energieversorgung

Seit der Katastrophe von Tschernobyl gibt es in der Gesellschaft eine Mehrheit für den Ausstieg aus der Atomenergie. Wir kämpfen dafür, dass dies so bleibt. Gerade den Jüngeren, die nach Tschernobyl geboren wurden, werden wir die Argumente gegen die Atomenergie vermitteln und die Alternativen einer atomfreien und Klima schonenden Energieversorgung aufzeigen. Im Deutschen Bundestag gibt es seit der Wahl im Herbst 1998 eine Mehrheit für den Ausstieg. Das Atomgesetz verpflichtet die Betreiber zur schrittweisen Abschaltung ihrer Reaktoren. Wir werden die politische Debatte über eine nachhaltige Energieversorgung offensiv führen und dafür kämpfen, dass es beim Atomausstieg bleibt.